

Diese Zeitung erscheint täglich zweimal
Morgens 8, und Abends 6 Uhr.
Vierteljährlicher Abonnementspreis für Stettin 1 Thlr. 10 Sgr.,
mit Botenlohn 1 Thlr. 17½ Sgr.
Für Pomern und das übrige Deutschland 1 Thlr. 17½ Sgr.

Privilegirte



Bestellungen nehmen alle Postämter an.
Für Stettin: Buchdruckerei von G. O. Offenbaris Erben,
Krautmarkt No. 4. (1053.)
Redaktion und Expedition ebendasselbst.
Insertionspreis für die gespaltene Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner

Zeitung

No. 112.

Abend-

Dienstag, den 8. März

Ausgabe.

1859.

Stettin, 8. März. (Zur Situation). Abermals ein unerwarteter Schwanz Napoleons, die bekannte Moniteur-note. Das Spiel scheint in der That zu verlaufen wie vor dem Krimkrieg. Keine Partei wagt noch mit Schlägen den Anfang zu machen. Nachdem der Kaiser eben erst seinem Gegner in Oesterreich Schach geboten hatte, und alle Welt glaubte, dieser Zug würde nur durch „Schlagen“ ausgeglichen werden können, schiebt der Kaiser von Oesterreich Lord Cowley vor und willigt in eine Revision der Verträge mit den mittelitalienischen Staaten. Die vertragsmäßig permanente Okkupation der letzteren durch österreichische Truppen soll aufhören, aber Oesterreich das Recht behalten, im Falle einer Revolution ohne Weiteres einzurücken und die Ruhe wieder herzustellen. Diesen Zug hatte man in Frankreich offenbar nicht vorausgesehen, und deshalb erscheint es dort voreerst wieder nöthig, darüber nachzudenken und die Disposition des Gegners zu errathen ehe der Contrezug erfolgt. Damit indeß nicht etwa die gesteigerte Erregtheit der öffentlichen Meinung das Spiel verderbe oder störe, wird im Moniteur vorläufig Alles geläugnet, was jemals zur Erregung Anlaß gegeben hat. So soll Zeit und Ruhe zum Nachdenken gewonnen werden, bis sich eine andere Kombination gefunden hat — die Zuschauer des Spiels mögen indeß nicht weit kommen, wer die Partie gewinnen wird, ob sie mit remis oder mit Schlägen enden wird.

Deutschland.

[[Berlin, 7. März. Die Moniteur-Note vom vorgestrigen Tage hat die Kurse aller Papiere an den europäischen Börsen in die Höhe getrieben, obgleich sie an und für sich gar kein so unzweifelhaftes Zeugniß für den Frieden ablegt. Man sagte sich beim Bekanntwerden der Note, die Dreistigkeit und unverschämte Naivetät, mit der das kaiserliche Organ sich wundert nach dem vermessenen Aufschrei umficht, gäbe doch zu wenig Garantien für die innere Aufrichtigkeit ihrer Phrasen, als daß man nicht versucht wäre, zu glauben, der Kaiser habe damit nur einen weiteren, seiner wohlbekannteren politischen Schwachzüge gemacht. Sprich von Frieden und bereite den Krieg vor! Das war des alten Napoleon Loosung. Auch am 1sten Dezember 1851 beherrschte der damalige Prinz-Präsident seinen Willen, die Verfassung aufrecht zu erhalten. — Als am andern Morgen aber Paris aufwachte, war der Staatsstreich ein fait accompli und die Verfassung zerrissen. — Ich bin indeß in der Lage, Ihnen eine glaubwürdige, wohlverwürgte Nachricht von der größten Wichtigkeit mitzutheilen. Es sind heute Briefe aus Wien eingetroffen, welche melden, daß Oesterreich acceptable Vorschläge gemacht habe. Oesterreich wird nicht allein die Legationen räumen, es will auch die Hand zu einer Revision der Verträge mit Modena, Parma und Toscana bieten. Das ist der Erfolg der Cowley'schen Sendung. Schon am 3. März waren ähnliche Gerüchte in Wien verbreitet, jetzt ist die Sache entschieden. Dadurch erhält die Moniteur-Note eine ganz andere Bedeutung. Wenn, wie es wahrscheinlich ist, man in Paris am Freitag bereits von den Ergebnissen in Wien Kunde hatte, so war es allerdings nicht übel, am Sonnabend früh im Moniteur zu erklären, der Kaiser wolle den Frieden, wo denn die Unruhstifter wären? Genug, in der Luft steckt vorläufig wieder Frieden, momentan sind die Kriegsaussichten in den Hintergrund gedrängt. — Am Sonnabend Abend haben wohl Viele erwartungsvoll den Staatsanzeiger in die Hand genommen, in der Hoffnung, daß er einen Amnestieerlaß enthalten werde. Er hat aber nichts gebracht und wird auch nichts bringen. Ich höre, daß jedem zu Amnestirenden die Gnadenbezeugung ins Haus geschickt werden wird, und daß kein Flüchtling amnestirt werden wird.

Berlin, 7. März. Die Volkszeitung erhält aus der Provinz Preußen den Wortlaut einer Adresse, welche 81 Einwohner der Gemeinde des Kirchspiels Schmach von dem Konsistorium zu Königsberg hart getadelten Pfarrer Kehler zugesandt haben. Die Adresse lautet: „Hochgeehrter Herr Pfarrer! Wir haben erfahren, daß Sie sich das Mißfallen des hohen Konsistoriums dadurch zugezogen haben, weil Sie bei der am 23. November stattgehabten Wahl der Abgeordneten Ihre Stimme dem Herrn v. Forckenbeck (Katholik) gegeben haben. Sie haben in dieser Beziehung ganz in unserm Sinne gehandelt, denn Sie haben einem Manne die Stimme gegeben, von dem wir überzeugt sind, daß er mit der jetzigen Regierung, auf welche das Land mit Zuversicht sieht, Hand in Hand gehen und des Volkes Wohl befördern wird und sonach hebt sich dann die Befürchtung von selbst in Beziehung seines religiösen Bekenntnisses. Gehen Sie, daß wir in Hochachtung Ihnen unsern verbindlichsten Dank aussprechen. Euer Hochachtungsvoll ganz ergebene Kirchspiels-Gemeinde und Urwähler.“

— Die Preuß. Ztg. meldet: Es ist in einzelnen Zeitungen von disziplinarischen Maßregeln die Rede, welche gegen den

General-Superintendenten Büchel in Folge des von ihm kürzlich abgelehnten Aufgebots im Gange wären. Diese Nachrichten entbehren der Begründung und kann vielmehr aus zuverlässiger Quelle versichert werden, daß die Angelegenheit mit der Vollziehung des Aufgebotes durch Substitution ihre amtliche Erledigung gefunden hat.

— Der Lieutenant zur See 2. Klasse v. St. Paul ist als Adjutant bei Sr. Königl. Hoh. dem Prinzen Adalbert und der Secunde-Lieutenant im 2. Garde-Regiment z. F. v. Winterfeld, bisher Adjutant des 1. Bataillons (Berlin) 2. Garde-Regiments, zur Dienstleistung bei Sr. Königl. Hoh. dem Prinzen Alexander kommandirt worden.

— Ueber den Rücktritt des Ministers Flottwell sind wieder in der Presse allerlei Gerüchte verbreitet. Wir hören, daß dieser Rücktritt nicht jetzt, wohl aber nach dem Wunsche des Ministers selbst etwa für den Monat Mai (wohl nach Schluß der Kamern) in Aussicht genommen ist. (N. Pr. Z.)

— In Folge von Entkräftung, nach vorangegangener gastrischem Fieber, starb am 4. d. M. im 82ten Lebensjahre einer der ältesten Beamten des Geheimen Ober-Tribunals, der Geh. Ober-Tribunalarath Baron v. Gaertner.

— Am Sonntag starb hieselbst der General-Lieutenant a. D. v. Brinneck. Der Verstorbene war zuletzt kommandirender General des 5. Armeekorps und bereits im Jahre 1851 in den Ruhestand getreten.

— In Bezug auf die vielbesprochene Angelegenheit in Betreff der Berechtigung zum einjährigen Militärdienst kann die „Elberf. Ztg.“ die zuverlässigste Nachricht mittheilen, daß die neue Ersatz-Instruktion, welche bereits dem Drucke übergeben ist, mit dem 1. Januar 1860 in Kraft tritt. Nach dieser neuen Ersatz-Instruktion haben diejenigen Schüler eines Gymnasiums, welche mindestens ein halbes Jahr in Sekunda, und diejenigen Schüler einer Realschule, welche mindestens ein halbes Jahr in Prima gesehen haben, die Berechtigung für den einjährigen Militärdienst. Bis zum 1. Januar 1860 gilt noch die alte Instruktion, so daß für diejenigen, welche sich noch im Laufe dieses Jahres für den einjährigen Dienst melden und auf Grund der bisherigen Berechtigungen angenommen werden, die verschärfte Instruktion nicht zur Anwendung kommt. Wie aus Obigem zu ersehen ist, handelt es sich um eine Verschärfung von einem halben Jahr und nicht von zwei Jahren, wie vielfach irrig angenommen worden ist. Unbegründet ist auch die Angabe, daß es künftig nicht als gültig erachtet werden soll, sich außerhalb der Gymnasien und Realschulen die erforderliche Berechtigung zum einjährigen Militärdienst durch Privatstudium zu verschaffen.

— Die Kreuzzeitungs-Partei entwickelt nach der Elberfelder Zeitung große Thätigkeit. In der kleinen Fraktion von Blandenburg hält Wagener für die Mitglieder des Abgeordneten, wie für die des Herrenhauses Vorträge, aus denen ersichtlich wird, daß die Partei auf eine innere Verbindung mit den kleinen Leuten (Handwerkern, Arbeitern etc.) hinstrebt. Dazu hört man von Einrichtung konservativer Klubs in den Provinzen, die hier unter einer politischen Direktion centralisirt werden sollen. Auch auf dem Gebiete der Presse werden von der Partei neue Versuche gemacht.

— Die Kommission des Abgeordnetenhauses, welche das Ehegesetz beräth, hat die beiden ersten Paragraphen desselben erledigt; eine Verschmelzung in einen Paragraphen, welche erwartet wurde, hat nicht stattgefunden; doch ist die Fassung in einer, wie es heißt, vom Abg. Wenzel herrührenden Weise so amendirt, daß die Civilehe mit der kirchlichen Ehe gleichgestellt wird.

— Die Jagdfrage kommt in den nächsten Tagen im Abgeordneten-Hause zur Berathung. In einer Petition der Herren Buschmann und Genossen zu Ehrenbreitenstein (Rheinprovinz) wird beantragt: entweder Rückgabe des Jagdrechts oder angemessene Entschädigung zu gewähren.

— Zu dem Antrage des Abgeordneten von Rosenberg-Lipinski, betreffend den Bau der Eisenbahn auf dem rechten Oderufer ist von dem Abgeordneten v. Carlowitz und Genossen der unserer Meinung nach allein zutreffende Abänderungs-Antrag eingebracht worden: Das Haus wolle beschließen, über den Antrag der Petenten in der Erwartung zur Tages-Ordnung überzugehen, daß der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft ein Präklusivtermin zur Ausführung des betreffenden Baues gesetzt, und nach dessen fruchtlosem Ablauf die Erbauung der Bahn zur freien Konkurrenz gestellt werde.

Berlin, 7. März. (19. Sitzung des Abgeordneten-Hauses.) Eröffnung der Sitzung 10¼ Uhr. Nach geschäftlichen Mittheilungen Seitens des Präsidenten wird zuerst die Wahl eines Schriftführers, in Stelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Delius, vorgenommen. Auf der Tagesordnung steht sodann die Berathung des Gesetzes wegen Verschaffung der

Vorluth in den Bezirken des Appellations-Gerichtshofes zu Köln und des Justiz-Senats zu Ehrenbreitenstein. Bei S. 2 entspinnt sich eine Debatte zwischen den Abgeordneten Strohn, v. Köhne, v. Beughem, Aldenhoven, dem Minister Graf Büchler. Der Paragraph wird zum Schluß nach dem Kommissions-Antrage angenommen. — Zu S. 4 sprechen die Abgeordneten Reichensperger, v. Köhne, v. Franch, der Regierungs-Kommissarius u. s. w. — Abgeordneter v. Vincke bemerkt, daß während der langen Debatte über den S. 4 die Saal-Uhr des Abgeordneten-Hauses stehen geblieben sei; er biete, doch die Uhr wieder in Gang zu bringen, damit sich die Debatte nicht zu lang ausspanne (Große Heiterkeit). — Der S. 4 wird schließlich nach den Vorschlägen der Kommission mit geringer Abänderung angenommen. Eben so ohne Diskussion die SS. 5, 6 u. 7. Beim S. 8 erhebt sich wieder eine längere Diskussion, der dann mit den folgenden SS. 9—11 angenommen wird. Das Gesetz ist damit erledigt. — Der Präsident theilt mit, daß der Abgeordnete v. Sauten (Labiou) mit 188 Stimmen zum Schriftführer für den Abgeordneten Delius gewählt sei. — Der Handelsminister bringt einen Gesetz-Entwurf ein, betreffend eine Zinsgarantie des Staates für eine von der Rhein-Nahe-Eisenbahn aufzunehmende Prioritäts-Anleihe. — Das Haus geht zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, zur Berathung des Gesetzes, betreffend die Gewährleistung wegen verborgener Mängel bei dem Verkauf und Tausch von Hausthieren im Bezirk des Appellations-Gerichtshofes zu Köln.

Der Entwurf wurde mit wenigen Abänderungen angenommen. Schluß der Sitzung 3¼ Uhr Nachm. Nächste Sitzung Mittwoch.

Berlin, 7. März. Die Elberfelder Zeitung bringt eine Mittheilung aus Berlin, der es eine besondere Extra-Beilage widmet, welcher zufolge ein Abkommen zwischen England und Preußen getroffen sei, das ein gemeinsames Verhalten beider Mächte für den Fall eines österreichisch-französischen Krieges feststelle. Hinzugefügt wird die Nachricht von der beschlossenen Mobilisirung von vier preussischen Armeekorps und ihrer Zusammenziehung am Rheine. Das Eine ist eben so wenig begründet, als das Andere. In ihrer gegenwärtigen vermittelnden Thätigkeit halten sich England und Preußen, ohne besondere Uebereinkunft, auf der gleichen Linie, und eine solche für den Fall eines Krieges abzuschließen, wäre jetzt weder an der Zeit, noch in Rücksicht auf die verschiedene Stellung beider Mächte zu den Eventualitäten, die ein Krieg in seinem Gefolge haben kann, ausführbar. Die angelegte Mobilisirung widerspricht gänzlich der Aufgabe, welche sich die preussische Politik zur Zeit im Verein mit England gestellt hat. Derartige Demonstrationen könnten gegenwärtig nur dazu dienen, die Gefahren eines allgemeinen Krieges zu erhöhen. (R. Z.)

Berlin, 8. März. Ganz den vorhergehenden Festen entsprechend endete gestern der dritte Subskriptionsball diese Feierlichkeiten im Opernhause. Gegen 9 Uhr erschien der Hof in seinen Logen und machte alsbald seinen Fest-Umgang durch den Saal. Sr. Königl. Hoheit der Prinz-Regent eröffnete denselben mit der Frau Erbgroßherzogin von Mecklenburg-Strelitz, der Großherzog von Weimar und der Erbgroßherzog von Mecklenburg-Strelitz folgten hiernächst mit den Prinzessinnen von Preußen und Karl.

Breslau, 7. März. Sr. Königl. Hoheit der Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen ist heute Morgen um halb 7 Uhr in Begleitung Sr. Durchl. des Fürsten Ratzibitz, kommandirenden Generals des 4. Armeekorps, und eines persönlichen Adjutanten, mit dem Berliner Schnellzuge hier eingetroffen.

Königsberg, 5. März. Die „R. F. Z.“ enthält folgende Berichtigung: In mehreren Zeitungen hat die Nachricht Aufnahme gefunden, daß der Oberpräsident, Wirkl. Geh. Rath Eichmann Excellenz, der bekanntlich zugleich Präsident des Konsistoriums ist, in Betreff des öfter erwähnten Konsistorial-Erlasses an die vier Pfarrer des Kreises Br. Holland, die dem katholischen Rechtsanwalt von Forkenbeck bei der letzten Abgeordneten-Wahl ihre Stimmen gegeben, erklärt haben soll, daß er in dem Passus: „Diener der evangelischen Kirche, deren Brod sie essen,“ letztere Worte in dem ihm vorgelegten Erlaß gestrichen habe und daß dieselben nur durch ein Versehen des Expedienten in den Text aufgenommen worden seien. Wir sind ermächtigt, zu erklären, daß diese Nachricht aller und jeder Begründung entbehrt.

— In der Provinz Preußen wurden im Jahre 1858 im Ganzen 546 Trauungsgesuche Geschiedener eingereicht 465 in erster (Konsistorium) 81 in zweiter Instanz (Oberkirchenrath). Daraus wurde die Wiederverheirathung in 283 Fällen und zwar in 262 in erster, 21 in zweiter Instanz bewilligt. Von Geschiedenen, auf Grund gegenseitiger Einwilligung gingen 88 Gesuche ein, und wurden 50 abgelehnt.

Marienburg, 4. März. Ein junger Mann, vor dem es bekannt ist, daß er sein aus 3000 Thlr. bestehendes Vermögen aus übergrößer Aengstlichkeit stets bei sich trägt, wurde von einem in der Stadt ansässigen Gewerbetreibenden spät in der Nacht aus einem Bierlokale auf dem Nachhausewege begleitet. Unterwegs geht dem jungen Manne die Cigarre aus, und er tritt in die Wohnung seines Begleiters, um sich dieselbe anzuzünden. Kaum befindet er sich aber auf dem Flur, so erhält er Faustschläge gegen empfindliche Körpertheile, die ihn zu Boden werfen. Das Erscheinen einer im Hause wohnenden Person, die auf den Hülfseruf des Angegriffenen herbeieilt, befreit diesen aus seiner gefährlichen Lage. Die Brieftasche des jungen Mannes war jedoch verschunden; glücklicher Weise hatte aber der Angefallene dieses Mal seine Baarschaft nicht in derselben aufbewahrt. — Am 6. und 7. v. M. wird im Logensaal eine vom hiesigen Frauenverein zum Besten verschämter Armen arrangirte Ausstellung stattfinden.

Ishoe, 5. März. In der heutigen Sitzung fand die Vorberatung über die Proposition des Advokaten Lehmann statt, betreffend die Aufhebung der unter dem Ministerium v. Scheele ohne verfassungsmäßige Mitwirkung der Ständeversammlung erlassenen Gesetze und Verfügungen. Der Ausschußbericht, in gedrängter Kürze abgefaßt, läßt sich am Schluß so aus: „Die Gründe, aus welchen die Versammlung in der einseitigen Erlassung dieser Verfügungen einen Eingriff in die verfassungsmäßig ihr zustehenden Rechte sah, sind in dem früher erstatteten Bedenken näher entwickelt. Die gestellte Bitte hat leider kein Gehör gefunden. Was das Einzelne betrifft, so ist die durch Allerhöchste Resolutionen vom 29. August und 19. Dezember 1855 verhängte Konfiskationsstrafe für den Gebrauch von Courantseidemünze durch Allerhöchste Resolution vom 30. Dezember v. J. beseitigt. Das der bestehenden Gesetzgebung widerstrebende Verbot der (deutschen) Courantmünze (zu Gunsten der dänischen) ist aber nicht aufgehoben. Die Placereien, welche die Folge jener Verfügungen waren, haben aufgehört, der rechtliche Nothstand dauert fort und der Ausschuß glaubt es auszusprechen zu müssen, daß es das Gefühl des Volkes auf's Neue verwirren muß, wenn die Regierung es angemessen findet, diejenigen Ausführungs-Bestimmungen aufzuheben, welche den verfassungswidrigen Verfügungen allein Geltung verschaffen konnten, und dabei die Verfügungen selbst fortbestehen zu lassen. Rücksichtlich der übrigen Verfügungen wird uns durch die Allerhöchste Eröffnung in Aussicht gestellt, daß sie von der Versammlung gemachten Bemerkungen bei einer demnächstigen näheren Erwägung der in Ansehung der Verwaltungseinrichtungen und der Gerichtsverfassung vorzunehmenden Aenderungen berücksichtigt werden sollen. Die Versammlung wird in dieser Aussicht keine Beruhigung finden können. Die mit der Durchsührung jener Maßregeln verbundenen praktischen Uebelstände sind es nicht, welche den Gegenstand ihrer Beschwerde bilden. Ihr war es darum zu thun, daß nicht in einem Theile des Landes Recht gesprochen werde durch Gerichte, deren Existenz eine Rechtsverletzung ist, daß nicht eine Reihe in die Verwaltung tief eingreifender organischer Bestimmungen faktisch in Kraft bestehe, ungeachtet es denselben an den Voraussetzungen rechtlicher Giltigkeit mangelt. Der Ausschuß braucht es nicht näher zu erörtern, daß das Fortbestehen eines solchen Zustandes störend auf das Rechtsbewußtsein einwirken muß. Dem entgegenzutreten, ist eine Pflicht gegen das Land sowohl, als gegen den Landesherren, welcher die Versammlung sich auch jetzt nicht wird entziehen dürfen. In dem zuversichtlichlich Vertrauen auf die Gerechtigkeit Sr. Majestät des Königs, in welchem die Versammlung sich nichts beirren lassen darf, wird sie die Hoffnung auf Erhöhung einer erneuerten Bitte finden. Der Ausschuß muß daher die Annahme des gestellten Antrages dringend befürworten. — Nach Verlesung des Berichtes gab der königl. Kommissär die Erklärung ab, daß der erwähnte Antrag durch die königl. Eröffnung vom 30. Dezember v. J. seine Erledigung gefunden habe, und daß er sich auf eine weitere Diskussion über diesen Gegenstand nicht einlassen könne. — Advokat Lehmann bemerkte hierauf, daß der Ausschuß allerdings eine ähnliche Erklärung befürchtet, zugleich aber gehofft habe, daß die Versammlung in Betreff dieser Sache gleicher Meinung mit dem Ausschuß sein werde. Er hob sodann mit einigen Worten das Verfahren des Ober-Appellationsgerichts mit Rücksicht auf die Ministeranklage hervor und meinte, daß durch eine solche Inkompetenzklärung, wie sie damals von Seiten jenes Gerichtes erfolgt sei, die Verantwortlichkeit des Ministers zu einem vollkommenen Nichts herabsinke. Die in der Proposition erwähnten Verfügungen und die heutige Erklärung des königl. Kommissärs könnten keine Sicherheit für die Erhaltung der Landesrechte bieten. Die einzige Garantie hierfür liege in der Festigkeit und Treue der Versammlung, und er hoffe, daß sie das Ihrige thun werde, um diese Garantie zu erhalten. — Ohne daß noch Jemand aus der Versammlung das Wort nahm, wurde die Vorberatung über die erwähnte Proposition beendet. Am 7. v. M., Vormittags 10 Uhr, findet die Vorberatung über den Verfassungsentwurf statt.

Ishoe, 7. März. Der königliche Kommissär erklärte heute in der Verfassungs-Angelegenheit, daß die Regierung den Hauptantrag des Ausschusses zurückweise, und daß der letztere seine Kompetenz überschritten habe. Der Präsident konstatiert, daß der Ausschuß die Friedenshand geboten.

Frankfurt a. M., 7. März. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Bern hat der dortige Bundesrath den Beschluß gefaßt, eine Exekutionnote an die auswärtigen Mächte zu erlassen. In derselben soll ausgesprochen werden, daß die Schweiz bei einem ausbrechenden Kriege die Integrität und Neutralität des Bundesgebietes und des als neutral erklärten Savoyer Grenzdistrikts mit aller Kraft verteidigen werde. — Das Militär- und das Finanz-Departement sind mit den erforderlichen Vorarbeiten beauftragt worden und soll bei vermehrten Kriegsangelegenheiten die Bundesversammlung sofort einberufen werden.

Hannover, 7. März. Das Finanz-Ministerium hat auf Grund der Zollvereins-Verträge ein Verbot der Pferde-

Ausfuhr aus dem Königreiche gegen die Grenzen des Zollvereins-Auslandes erlassen.

Leidau, 3. März. Nach einer im Laufe des gestrigen Vormittags zu Brezgen eingetroffenen Ordre des k. k. österreichischen Militär-Gouvernements sind sämtliche in Boralberg und Tyrol befindliche Beurlaubte zu ihren Regimentern einberufen und haben sich in kürzester Zeit zu ihren Abtheilungen zu begeben. (Augsb. Abbz.)

Oesterreich.
Wien, 7. März, 2 Uhr 20 Minuten. (Tel. Dep. der B. Börs.-Ztg.) Die Einnahmen der französisch-österreichischen Staats-Eisenbahnen für die Woche vom 26. Februar bis 4. März betragen 278,235 Fl., was gegen die gleiche Woche des Vorjahres eine Mehr-Einnahme von 23,434 Fl. ausmacht. — Die heutige Börse war in Folge des Monteur-Artikels sehr günstig; man hält die Kriegsausgaben für abnehmend. Die weiteren Truppensendungen nach Italien sind eingestellt.

Italien.
Turin, 3. März. Nach der „Gazetta Piemontese“ ist im Senate von dem Ministerium die Dringlichkeit für das Verbot der Ausfuhr von Hafer und Fourage nach der Lombardie beantragt worden. Nach dem „Corriere mercantile“ war Garibaldi in Genua angelangt, um mehrere ihm von der Regierung übertragene Approvisionnement-Geschäfte auszuführen. Nunmehr befindet er sich bereits in Turin. Das Fouragegeschäft in den meisten Theilen Piemonts und auch in den an Savoyen grenzenden Gegenden ist an Privatunternehmer verpachtet. — Die „Unione“ nimmt keinen Anstand zu bekennen, daß in den letzten zwei Tagen so viele Flüchtlinge aus mittelitalienischen Provinzen hier eintrafen, daß zwei Kompagnien daraus formirt wurden.

Frankreich.
Paris, 5. März. Um die Ereignisse der letzten Tage nur einigermaßen richtig zu würdigen, muß man sich erinnern, daß wir im vollen Carneval sind. Denn im wirklichen Leben der Staaten ist eine Anarchie der Ideen, wie wir sie seit vorgestern hier wahrnehmen, ein Ding der Unmöglichkeit. Der „Konstitutionnel“ verkündet, nach einer, wie man zu wissen glaubt, aus dem kaiserlichen Cabinet erhaltenen Note, die Räumung des Kirchenstaats seitens der französischen Truppen. Am nächsten Tage erklärt der „Moniteur“ diese Nachricht für mindestens verfrüht und gleichzeitig wieder meldet der „Konstitutionnel“, daß die Räumung Roms bereits begonnen habe. Inzwischen werden den gouvèrnementalen Blättern Winke ertheilt, sich bis auf Weiteres nicht zu heftig gegen Oesterreich auszulassen. Der Ton wird in Folge dessen herabgestimmt. Da erscheint nun der heutige „Moniteur“ und bringt den Schlüssel zu dem Carnevalsmythos. Die gesammte Pariser Presse ist eitel „Einbildung, Lüge und Wahnsinn.“ Niemals ist von Krieg gegen Oesterreich die Rede gewesen; die Thronrede am 7. Februar ist nie gehalten worden, Hr. v. Morny hat nie diese Thronrede kommentirt, und wenn nicht Lord Cowley diesen Augenblick noch in Wien weilte, so würde es selbst nicht wahr sein, daß überhaupt über Italien verhandelt wird. Man denke sich, welche Miene heute die Pariser Journalisten machen, welche so artig im „Moniteur“ abgefanzelt werden, weil sie seit zwei Monaten den Inspirationen der Regierung zu pünktlich gewillfährig haben. In dieser Weise ist die hiesige Presse seit dem 2. Decbr. nicht angefallen worden, und das widersährt einer Presse, welche allerdings nicht konfessirt ist, die aber keine anderen Empfindungen und Ansichten aussprechen darf, als welche der Regierung behagen, einer Presse, welche auf Parole gesprochen und geschwiegen, auf- und abgewiegt hat. Welches Zeugniß stellt damit die Regierung ihren eigenen Ideen aus, die sie unablässig weiterkäufen ließ! Doch lassen wir diese Gewissensfragen, die von dem Grade der Selbstachtung abhängen. Bedeutend wird ohne Zweifel die Wirkung sein, welche der „Moniteur“-Artikel in Turin, Rom und Neapel machen wird. Die Kriegspartei wird dort eine schwere Enttäuschung und tiefe Entmuthigung erfahren. Andererseits darf die preussische Presse sich Glück wünschen, daß sie nach beiden Seiten hin zum Frieden gemahnt hat. (N. Z.)

Paris, 6. März. Ein höherer Beamter des Justiz-Ministeriums ist am letzten Mittwoch mit 100,000 Fr. durchgegangen. Es gelang jedoch der Polizei, ihn an der belgischen Grenze zu erwischen. Er befindet sich jetzt in Mazas.

Großbritannien und Irland.
London, 6. März. Es heißt, Lord Cowley sei, abgesehen von den amtlichen Instruktionen seiner eigenen Regierung, mit einem Auftrage des Kaisers der Franzosen an den Kaiser von Oesterreich betraut, der, wie die Juristen zu sagen pflegen, ohne Präjudiz ausgerichtet, nämlich, wenn der Vorschlag scheiterte, von allen Parteien ohne Umstände ignorirt werden könnte. — Dem Court Journal zufolge liegt der Grund, weshalb Prinz Albert sich nicht zur Taufe seines Enkels nach Berlin begeben hat, in dem schwankenden Stande der politischen Parteien in England.

— Der geantische Miß Meriton White (jetzt Madame Mario), die Dumas' Memoiren herausgegeben hat und vom altersschwachen Dichter Walter Savage Landor mit der Verwaltung seines „Tyrannenbender Fonds (100 R.) betraut worden ist, befindet sich gegenwärtig in Amerika, wo sie Vorlesungen über die Lage Italiens hält.

Rußland und Polen.
Petersburg, 28. Februar. Es heißt, eine hochgestellte Person sei mit einer Mission betraut, ins Ausland gereist, um durch entsprechende Mittheilung den Zweifel über die Intentionen des hiesigen Cabinets — die jedenfalls eine streng neutrale Richtung haben — zu zerstreuen.

Provinzielles.
X. Berlin, 6. März. Am Freitage, bald nach Ankunft der Post mit welcher der Ober-Appellationsgerichtsrath v. Braun aus Köslin aus einer Feil-Anstalt von Berlin zurückkehrte, erschloß sich derselbe im Gasthause. Er war ein ausgezeichnete Jurist und im Umgange ein sehr liebenswürdiger Mann. — Seine Frau, welcher er seine Ankunft mit der Bitte, ihn von hier abzuholen, gemeldet hatte, traf ihn bereits als Leiche.

Stettiner Nachrichten.

** Stettin, 8. März. Gestern verunglückte in Zabelsdorf an einer durch Dachsen getriebenen Drehmaschine ein 14-jähriges Mädchen. In Folge ihrer Unvorsichtigkeit wurden ihre Kleider von dem Schwungrad der Maschine ergriffen und sie selber dergestalt von dem Schwungrad mit fortgerissen, daß sie erhebliche Quetschungen am Kopfe und im Gesichte erlitt und ihr ein Oberarmel gebrochen wurde.

** Als gestern Abend in der Dunkelheit fünf Arbeiter nach einander über die Oderbrücke an der Eisenbahn gingen, wurden sie von einer Bande von ca. 8 Kerlen, die sich die Fäuste mit Eisenketten bewaffnet hatten, überfallen, und durch Schläge so zuerüchelt, daß sie sämmtlich mehr oder weniger verwundet und Wochenlang arbeitsunfähig geworden sind. Viele von den Verwundeten befinden sich im Krankenhause.

** Der Berliner Publistik bemerkt: Der Berliner Korrespondent der Nordd. Ztg., der überhaupt ein Original ist, hat herausgestellt, man „flütere“ sich in Berlin in die Ohren, Kaiser Napoleon bedrohe Oesterreich nur zum Schein mit Krieg; seine kriegerischen Absichten seien allein gegen England gerichtet. Der Publistik fügt hinzu: wir haben großen Respekt vor einem Blatte, daß sich solche Dummheiten aufbinden läßt, und sie abdruckt.

** Privatbesprechungen Börsenkreisen, die an der heutigen Börse verbreitet waren, wollen wissen, daß der sardinische Minister des Auswärtigen, Graf Casour, von seinem Amte zurückgetreten sei.

** Stettin, 8. März. Wir lesen in einem zu Bonn bei Marcus 1857 erschienenen Buche über die gegenwärtige Lage der Kreolen, Blödsinnigen und Idioten in den christlichen Ländern Seite 136 folgendes: Was die Lage der Blödsinnigen in Pommern betrifft, so erzählt Berendt in der Naturforscher-Versammlung in Greifswald 1857, daß in den drei letzten Jahren allein in den beiden Regierungs-Bezirken Stettin und Köslin fünfhundert Blödsinnige geboren seien. Wie groß muß dann die Zahl aller Blödsinnigen in Pommern sein? Da authentische Angaben fehlen, so muß ich meinen Lesern eine ungefähre Vorstellung davon zu geben suchen. Nach der weiter unten anzuführenden Statistik Dr. Nauers wurden in ganz Westphalen in drei aufeinanderfolgenden Jahren zusammen durchschnittlich nicht einmal 40, höchstens einige 80 Blödsinnige geboren. Wir wollen aber 100 setzen, und doch war die Summe aller Blöden etwa 800, also mindestens 8mal mehr als in drei Jahren neu geboren worden. Wenn wir dies Verhältnis auf die beiden Regierungsbezirke an und legen ganz davon ab, daß sie über 200,000 Einwohner weniger zählen, als Westphalen, so wäre die Gesamtsumme aller Blöden dort 4000! Der Regierungsbezirk Stralsund wäre gar nicht mitgerechnet. Oder nehmen wir an, daß jene 3 Jahre das Durchschnittsverhältnis der blödsinnig Gebornen angeben, so müßten in den beiden Bezirken, wenn keine Stürben, 2500 Blöde unter fünfzehn Jahren sein, rechnen wir die in früherer Jugend Sterbenden ab, so blieben doch jedenfalls 1000 Blöde im bildungsfähigen Alter! Was wollte ich lieber, als daß durch genaue Zählung dieser Armen meine Berechnung zu Schanden gemacht würde.

Telegraphische Depeschen.

Paris, 8. März. Der heutige „Moniteur“ enthält ein Dekret, durch welches Prinz Napoleon auf seinen Wunsch von seinen Ministerien entbunden, und der Ackerbauminister Rouher interimistisch mit denselben betraut wird. — Der „Constitutionnel“ enthält einen von Renée unterzeichneten Artikel welcher die Friedens Intentionen des Kaisers weilkäufig auseinandersetzt.

Monats-Übersicht

der Ritterschaftlichen Privat-Bank in Pommern, gemäß §. 40 der Statuten vom 24. August 1849.

Aktiva:	
1. Baarbestände	Thlr. 398,421
a) an gemünztem Gelde	398,421
b) an Kassenanweisungen, Noten und Giro-Anweisungen d. preuß. Bank	92,400
2. Wechselbestände	490,821 Thlr.
3. Lombardbestände	2,196,180
4. Staats-Papiere und andere Börsen-Effekten	401,251
5. Verschiedene Forderungen und Aktiva	403,911
6. Staats-Schuldscheine bei der königl. General-Staats-Kasse laut §. 8 der Statuten	1,39,620
Passiva:	
7. Banknoten und Depositen-scheine im Umlauf	447,000
8. Verzinsliche Depositen-Kapitalien	669,355
9. Guthaben verschiedener Institute und Privatpersonen	1,399,150
10. Gegen die Staats-Schuldscheine ad 6 vom Staat realisirte 5 Thaler-Bankcheine	402,923
Stettin, den 28. Februar 1859.	447,000
Direktorium der Ritterschaftlichen Privatbank in Pommern. Riebe. Hindersin.	

Börsen-Berichte.

Stettin, 8. März. Witterung: veränderlich. Temperatur + 6°. Wind SW.
Auf heutigem Landmarkt bestand die Zufuhr aus: — Wepl. Weizen, 2 Wepl. Roggen, 6 Wepl. Gerste, — Wepl. Hafer, — Wepl. Erbsen, — Rübsen. Bezahlt wurde für: Weizen 52—61 Rt., Roggen 44—49 Rt., Gerste 32—35 Rt., Erbsen — Rt. pr. 25 Schfl., Hü r 29—31 Rt. pr. 26 Schfl. Rübsen — Rt.
An der Börse:
Weizen lebhafter Umsatz bei weichenden Preisen loco pr. 85½ psd, gelber feiner 63½ Rt. bez., geringer 55½ Rt. bez., pr. Frühjahr 82—85½ psd, gestern Abend 58 Rt bez., heute 57½ Rt. bez. u. Br., 57 Gd., 83,85 psd. 59, 58½ Rt. bez., 59 Br., 58½ Gd., do. 85 psd. 62 Rt. Br., pr. Mai-Juni 85 psd. 62½, 62, 1/2 Rt. bez., pr. Juni-Juli 83,85 psd. 61¼ Rt. bez., 61 Gd., pr. Juli-August 85 psd. vorpomm. 65½, 65½ Rt. bez., 83,85 psd. 62 Rt. Br., 61¼ Gd.
Roggen matt, loco 85 psd. effkt. pr. 77 psd. 44 Rt. bez., 77 psd. pr. Frühjahr 41½ Rt. bez. u. Br., pr. Mai-Juni 42½ Rt. bez., pr. Juni-Juli 43 Rt. bez. u. Br., pr. Juli gestern Abend 43½ Rt. bez., Juli-August gestern Abend 43½ Rt. bez., heute 43½ Rt. bez. u. Br. Gerste pr. Frühjahr 69,70 psd. gr. pomm. 36½ Rt. bez. Hafer loco pr. 50 psd. Kleingroßten 31½ Rt. bez., pr. Frühjahr 47,50 psd. excl. poln. u. preuß. 31 Rt. bez.
Rübsen stark weichend, loco 14¼ Rt. bez., 14¼ Rt. Br., pr. März 14 Rt. Br., pr. April-Mai 13¾, 1/2 bez. u. Gd., pr. Sept.-Oktober 12¼ Rt. bez.
Leinöl loco incl. Faß 12¼—12½ Rt. nach Dual. Br.
Spiritus matt, loco ohne Faß 18½, 19 0/10 bez., mit Faß 18½ 0/10 bez., pr. Frühjahr 18½ 0/10 bez. u. Br., pr. Mai-Juni 18½ 0/10 bez., pr. Juni-Juli 18 0/10 bez. u. Br., pr. Juli-August 17½ 0/10 bez.

Die telegraphischen Depeschen melden:

Berlin, 8. März, Mittags 2 Uhr. Staats-Schuldscheine 84½ bez. Prämien-Anleihe 3¼ pSt. 116 bez. Berlin-Stettiner 106 bez. Stargard-Polener 84 Br. Köln-Mindener 133 bez. Distrikts-Kommandit-Antheile 100 Gd. Französi.-Oester. St.-E.-A. — — — Hamburg 2 Rt. 151 bez. London 3 Mt. 6 20½ bez.
Roggen pr. März 43½, 1/2 bez., pr. Frühjahr 43½, 1/2 bez., pr. Mai-Juni 43½ bez., 1/2 Br.
Rübsen loco 14¼ bez., pr. März 14¼, 1/2 bez., pr. April-Mai 14¼, 1/2 bez., pr. September-Oktober 13¾ bez.
Spiritus loco 19½ bez., pr. März-April 19½ bez. u. Br., pr. April-Mai 19¼, 1/2 bez., pr. Mai-Juni 20½, 1/2 bez.